

Bürgermeister beauftragte

Der Langener Bürgermeister erhielt als Unternehmer Aufträge, an deren Ausschreibung er selbst mitgewirkt hatte. Auch Kostengrenzen wurden ignoriert.

Von **Moritz Moser**
moritz.moser@neue.at

Das in Langen bei Bregenz in Sachen politischer Sauberkeit einiges im Argen liegt, konnte man am Donnerstag an den deutlichen Worten erkennen, die Landes-Rechnungshofdirektorin Brigitte Egger-Bargehr fand. Die Zeiten hätten sich geändert, Transparenz in der Politik sei „bewiesene Ehrlichkeit“.

Gegenstand der Prüfung ihrer Behörde waren vier Bauprojekte, an denen Bürgermeister Josef Kirchmann als Transportunternehmer selbst mitverdient hatte. Im Baubereich sei das Gemeindeoberhaupt gar der zweitgrößte Auftragnehmer der Gemeinde gewesen, 23 Prozent der Ausgaben gingen hier an seine Firma, so der Prüfbericht.



„Anstand ist ein neuerstarkter Wert.“

Brigitte Egger-Bargehr,
Direktorin des
Landes-Rechnungshofes

Egger-Bargehr hielt aber auch fest, dass in der Gemeinde Investitionsbedarf bestanden habe und die umgesetzten Projekte nicht sinnlos gewesen seien. Allerdings seien gesetzliche Vorgaben nicht eingehalten worden und die Optik bezüglich des doppelten Engagements des Bürgermeisters schlecht. Es reiche heute nicht mehr, „nicht verurteilt“ zu sein, so Egger-Bargehr. Die Bevölkerung sei sensibler geworden, was den Umgang mit öffentlichen Geldern betreffe. Doppelrollen von Politikern seien generell nicht vermeidbar, man müsse aber Unvereinbarkeiten beachten.

Der Landes-Rechnungshof kritisierte das Verhalten des Langener Bürgermeisters in seinem Bericht deutlich: „Der Bürgermeister war intensiv ins Vergabeverfahren involviert, auch dann, wenn sein Unternehmen selbst Bieter beziehungsweise Interessent war.“ Zum Teil hatte Bürgermeister Kirchmann Ausschreibungen mitgestaltet, die Frächter Kirchmann dann gewann. In einem Fall habe sich der Bürgermeister de facto selbst beauftragt.

Eine Frage der Befangenheit. Bei der Errichtung eines Sportplatzes hätten die baurechtliche Genehmigung und der Beschluss der Gemeindevertretung gefehlt. Bei der Abstimmung über den Bau einer Fahrradstrecke habe der Bürgermeister selbst teilgenommen und am Ende als Unternehmer den Zuschlag erhalten. Auftragsgrenzen wurden entweder gar nicht erst festgelegt oder überschritten – im Fall eines neu errichteten Sport- und Freizeitplatzes um 733 Prozent (380.000 statt 46.000 Euro). Ansätze für strafrechtliche Verfehlungen ortete der Landes-Rechnungshof jedoch nicht.



Der Bürgermeister war verpflichtet, sich bei Vergaben an sein Unternehmen für befangen zu erklären. Solche Zahlungen seien zwar „in der Regel wöchentlich vom Vizebürgermeister angeordnet“ worden, allerdings habe er bei den Zahlungsfreigaben an das Unternehmen des Bürgermeisters kein Datum eingetragen. In den Stempelfeldern hätte sich dann das Datum samt Unterschrift des Bürgermeisters befunden.

Mit der Frage konfrontiert, ob der Vizebürgermeister undatierte Auszahlungen ausgestellt habe, die dann in Wahrheit vom Bürgermeister an sich selbst freigegeben wurden, hätten die Verantwortlichen erklärt, dass der Vizebürgermeister auf das Datum vergessen hätte. Ein konkreter Missstand habe nicht bewiesen werden können, sei

aber auch nicht gänzlich auszuschließen, so Egger-Bargehr.

Fehlende Unterlagen. Teils hätten Leistungsnachweise gefehlt oder seien unzureichend dokumentiert worden, heißt es im Bericht. Im Auftragsbereich Erdbebewegung – jener, in dem das Bürgermeisterunternehmen vorwiegend Leistungen erbrachte – prüfte der Landes-Rechnungshof 80 Prozent der Rechnungen. Unter den Lieferscheinen in diesem Kontingent waren jedoch nur neun Prozent unterschrieben – und das obwohl eine gemeindeinterne Regelung vorsah, dass Auszahlungen bei Jahresverträgen nur gegen unterschriebene Lieferscheine erfolgen dürfen. Die Gemeinde hatte just in dem Bereich, in denen das Unternehmen des Bürgermeisters Aufträge erhielt, besonders geschluppt: „Sowohl

sich selbst



In Langen ging unter Bürgermeister Josef Kirchmann viel voran, aber auch einiges schief.

HARTINGER, GEMEINDE LANGEN BEI BREGENZ/
BETTINA LÄSSER

bei Erdbau und Transport als auch bei Asphaltierung fehlten Voraussetzungen für eine korrekte Kostenkontrolle, da großteils Leistungsnachweise nicht oder ohne Bestätigung vorhanden waren.“

Die Prüfer des Landes waren im Rahmen ihres Berichts zu Bauhöfen im Bregenzerwald auf die Missstände in der Gemeinde aufmerksam geworden. Die vier analysierten Bauprojekte in Langen hätten deutliche Überschreitungen der genehmigten Auftragssummen gezeigt sowie teils erhebliche Mängel im Ablauf aufgewiesen. „Die Organisation der Gemeinde ist dringend zu überprüfen, Handlungsbedarf besteht insbesondere bei Beschaffungsprozessen.“ Bei den Bauprojekten habe es in allen Phasen Missstände gegeben. Auch sei dem Bürgermeister nicht bewusst gewesen, dass er

gleichzeitig auch Amtsleiter sei, nachdem die Position in Langen nicht eigens besetzt ist.

Nicht wirtschaftlicher Einsatz. Auch seien immer wieder Mitarbeiter des gemeindeeigenen Bauhofes für Bauprojekte herangezogen worden, ohne dass klar gewesen sei, ob deren Einsatz wirtschaftlich war. Tatsächlich hätten die Kosten 8 bis 29 Prozent über den Marktpreisen gelegen. Die Bauhofmitarbeiter seien auch im Vergleich zu anderen Gemeinden hoch eingestuft gewesen. Eigentliche Bauhoftätigkeiten seien dadurch zu kurz gekommen. Ihr Einsatz habe außerdem Haftungsfragen aufgeworfen.

Der Bürgermeister sei sehr engagiert und habe für die Gemeinde auch viel bewegt, hielt Egger-Barghehr bei der Pressekonferenz fest. Er sei ein „Macher“, ohne den in Langen nichts gegangen sei. Die Ortsbildentwicklung wäre grundsätzlich auch nicht sinnlos erfolgt. Langen war jahrelang die einzige schuldenfreie Gemeinde Vorarlbergs, allerdings hatte man auch entsprechend wenig bewegt. Allerdings müssten gesetzliche Vorgaben beachtet werden, auch fehle es an internen Vergabe- und Compliancerichtlinien. Auch bei den Regelungen im Gemeindegesetz sei der Landtag nicht so weit gegangen, wie es möglich gewesen wäre. Die Empfehlungen des Landesrechnungshofes richteten sich aber an die Gemeinde. Dort habe man auch bereits einiges gelernt. So gebe es in Langen nun einen vom Finanzausschuss unabhängigen Prüfungsausschuss. Es sei wichtig, Bewusstsein für vergaberechtliche Vorgaben zu schaffen, auch durch Schulung der Mitarbeiter. Es gebe bei den Gemeinden generell Handlungsbedarf, so Egger-Barghehr. Langen sei sicherlich „kein Einzelfall“.

Dem Fußball einen Bärendienst erwiesen

Da mir das heimische Frühstücksfernsehen „Guten Morgen Österreich“ mit seinem Mix aus Adventkranz-Binden, Kekse-Backen und PR-Videos von Liedern heimischer Lokalgrößen – gestern etwa: „I woatad auf a E-Mail vo dir“ – dann doch etwas zu vorweihnachtlich-idyllisch-verschlafen war, wechselte ich einmal mehr zum „Morgenmagazin“ von ARD und ZDF. Und dort gab es fast nur ein Thema: das Abstinken der deutschen Fußball-Nationalmannschaft.

Ein Schmunzeln konnte ich mir ob der geradezu greifbaren Betroffenheit der Moderatoren – inklusive des „Wetter-Mannes“ – ja nicht verkneifen. Aber nicht weil ich grundsätzlich Piefke-Bashing betreibe – im Gegenteil, meine Hamburg-Jahre waren die angenehmsten, was Nachbarschaft und Arbeitskollegen betrifft, sondern wegen des Vorspiels um die „One Love“-Binde, die die deutschen Fußballer offensichtlich mehr beschäftigte als eine erfolgreiche Spieltaktik. Zur Erinnerung: Aufgrund der ohnehin erwarteten Homophobie im autoritär-muslimischen Katar wollten manche Team-Kapitäne, darunter auch Deutschlands Manuel Neuer, statt der üblichen Binde eine „One Love“-Binde tragen, die für Offenheit und Toleranz wirbt. Die FIFA, Veranstalter der WM und punkto Arschkriechen gegenüber den Scheichs mittlerweile mehr als nur geübt, verbot dies und drohte mit Sanktionen. So lenkte der DFB (und weitere Nationen) zähneknirschend ein, nicht ohne sich beim Mannschafts-

Jägerlatein

Von Raimund Tschako Jäger

raimund.jaeger@neue.at



foto den Mund zuzuhalten. Ich fand das kindisch und affektiert, vor allem angesichts der Kicker des Irans, wo derzeit

bei Demonstrationen tagtäglich Menschen sterben. Diese schwiegen während der Nationalhymne – ein für die betreffenden Personen sogar gefährliches Statement.

Mit dem Verhalten der deutschen Fußballmillionäre ist das nicht zu vergleichen. Zwar finde ich die FIFA ebenfalls zahnlos und die Vergabe der WM an Katar falsch, ob es allerdings ausgerechnet die Aufgabe von überbezahlten Sportlern ist, ihre Brötchengeber, vor allem aber die aus einem anderen Kulturkreis stammenden Veranstalter in typisch herablassender „westlicher“ Manier ständig das eigene Wertesystem als das einzig richtige und mögliche unter die Nase zu reiben, wage ich zu bezweifeln. Ein deutliches Statement wäre gewesen, erst gar nicht hinzufahren. Dies aber doch zu tun und mit Kulturarroganz und sportlicher Verweigerung aufzufallen, ist wahrlich kein Ruhmesblatt und lässt diese ohnehin schon belastete Fußball-WM zusätzlich noch schäbig erscheinen. Dienst am Sport und an den Fans sieht – bei aller Wertschätzung für Vielfalt und Toleranz – wahrlich anders aus.

Hinweis: Der Inhalt dieser Kolumne muss nicht die Meinung der Redaktion widerspiegeln.